



4.2.1 Ausschlussgründe

§§ 123, 124 GWB, AEntG, AufenthG, MiLoG

Hinweis: Diese Erklärung ist von Einzelbietern, allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft und allen Unterauftragnehmern auszufüllen und zu unterschreiben.

Ich erkläre / Wir erklären, dass:

- Keine Person, deren Verhalten unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach
 - § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),



- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Ich erkläre / Wir erklären weiter, dass

- nicht durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde, dass mein / unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und
- ich / das Unternehmen nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG oder § 19 MiLoG sanktioniert worden bin / sind.

Ich erkläre / Wir erklären weiter, dass keiner der folgenden Tatbestände des § 124 GWB auf mich / uns zutrifft:

HINWEIS: Wenn einzelne oder mehrere der nachfolgenden Punkte doch zutreffend sind, hat der Bieter diese in dieser Erklärung zu streichen und die Gründe hierfür separat in seinem Angebot zu erläutern.

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,



- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen
 - versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich bin / Wir sind uns dessen bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärungen den Ausschluss von diesem und ggf. weiteren Vergabeverfahren bzw. Aufträgen zur Folge hat. Werden diese Umstände nach Zuschlagserteilung bekannt, besitzt der Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht bzw. ein Rücktrittsrecht. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Firma

Datum

Datum



4.2.2 Berufshaftpflichtversicherung

Hinweis:

Gefordert ist der Nachweis einer Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme **je Schadensfall** für

- **Personenschäden: 1.500.000 €**
- **Sachschäden: 1.500.000 €**
- **Vermögensschäden: 250.000 €**

oder

eine Erklärung, dass der Bieter eine solche Versicherung spätestens bis zum Zuschlagszeitpunkt abgeschlossen haben wird (= Mindeststandard).

Fehlt der Versicherungsnachweis **oder** die Erklärung, wird das Angebot ausgeschlossen.

Fügen Sie ggf. entsprechende Nachweise bei. Die Nachweise dürfen nicht älter als sechs Monate sein. Bestätigungen in anderer als deutscher Sprache müssen in einer Übersetzung vorgelegt werden. Der Bewerber garantiert die Richtigkeit der Übersetzung.

- Wir verpflichten uns, spätestens zum Zuschlagszeitpunkt eine Versicherung in dem geforderten Mindestumfang abzuschließen und eine entsprechende Bescheinigung vorzulegen.
- Eine Versicherung mit dem geforderten Mindestumfang haben wir bereits abgeschlossen. Wir verpflichten uns, spätestens zum Zuschlagszeitpunkt die Bescheinigung über die Versicherung vorzulegen. Dem Bieter ist bekannt, dass bei Nichtvorliegen der Bescheinigung das Angebot ausgeschlossen wird.



4.2.3 Erklärung zur Bietergemeinschaft

Hinweis: Diese Erklärung ist nur einzureichen, sofern als Bietergemeinschaft angeboten wird. In diesem Fall ist die Erklärung auszufüllen.

Ich bin Bevollmächtigter folgender Bietergemeinschaft

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Name der Bietergemeinschaft (Bitte in allen Schreiben als Adressat verwenden)

Bieter und zugleich Bevollmächtigter der Bietergemeinschaft:	Name:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Rechtsform:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Straße:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	PLZ, Ort:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Ansprechpartner:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Telefon:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Telefax:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	E-Mail-Adresse	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Mitglied der Bietergemeinschaft:	Name:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Rechtsform:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Straße:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	PLZ, Ort:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Ansprechpartner:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Telefon:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	Telefax:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
	E-Mail-Adresse:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

	Name:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
--	-------	---



Mitglied der Bietergemeinschaft:	Rechtsform:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-
	Straße:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-
	PLZ, Ort:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-
	Ansprechpartner:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-
	Telefon:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-
	Telefax:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-
	E-Mail-Adresse:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-

Mitglied der Bietergemeinschaft:	Name:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-
	Rechtsform:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-
	Straße:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-
	PLZ, Ort:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-
	Ansprechpartner:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-
	Telefon:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-
	E-Mail-Adresse:	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzu-

Für ggf. weitere Mitglieder kann eine Kopie dieses Vordruckes verwendet werden.

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Klicken o-
der tippen
Sie, um
ein Datum
einzuge-
ben.

Firma

Datum

(* Bitte kreuzen Sie das entsprechende Kästchen an.)



4.2.4 Bevollmächtigung der Bietergemeinschaft

Hinweis: Diese Erklärung ist nur einzureichen, sofern als Bietergemeinschaft angeboten wird. In diesem Fall ist die Erklärung auszufüllen.

Bevollmächtigter der Bietergemeinschaft:

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Bevollmächtigte Firma

Klicken o-
der tippen
Sie, um
ein Datum
einzuge-
ben.

Datum

Mit dieser Vollmacht beauftragen wir das oben als Bevollmächtigter der Bietergemeinschaft benannte Mitglied im Namen und Auftrag der Bietergemeinschaft zur rechtsverbindlichen Abgabe des Angebots, zu Abschluss und Vertragsdurchführung, zur Abgabe und Entgegennahme von Erklärungen sowie zur Vornahme von Verfahrenshandlungen.

Den Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist bekannt und wird mit der Unterschrift bestätigt, dass alle Mitglieder der Bietergemeinschaft dem Auftraggeber gegenüber gesamtschuldnerisch haften.



Mitglieder der Bietergemeinschaft:

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Mitgliedsfirma

Datum

Datum

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Mitgliedsfirma

Datum

Datum

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Mitgliedsfirma

Datum

Datum

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Mitgliedsfirma

Datum

Datum

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Mitgliedsfirma

Datum

Datum

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Mitgliedsfirma

Datum

Datum

Für ggf. weitere Mitglieder kann eine Kopie dieses Vordruckes verwendet werden.



4.2.5 Erklärung über die Bereitstellung von Ressourcen

(Verpflichtungserklärung)

Hinweis: Diese Erklärung ist nur einzureichen, wenn sie auf Ressourcen Dritter zurückgreifen. In diesem Fall ist die Erklärung auszufüllen.

Hinweis: Die Erklärung ist vom Ressourcengeber (= Unterauftragnehmer) vollständig auszufüllen, nicht von demjenigen der die Ressource erhält. Fehlende oder fehlerhafte Eintragungen führen zur Ungültigkeit dieser Erklärung. Damit gilt die Erklärung im Bedarfsfall als nicht abgegeben. Auch konzernverbundene Unternehmen und freiberuflich Tätige sind Dritte in diesem Sinne.

Das Unternehmen

Firma: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Anschrift: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Telefon: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Telefax: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

E-Mail-Adresse: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Ansprechpartner: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

erklärt, dass es dem Bieter

Firma: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.



für die Erfüllung des Auftrages notwendige Ressourcen zur Verfügung stellt:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Das Unternehmen (Unterauftragnehmer) erklärt weiter, dass es für den Fall der Eignungsleihe i. S. d. § 47 Abs. 1, Abs. 3 VgV (also betreffend die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit) für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe gemeinsam mit dem Generalunternehmer gegenüber dem Auftraggeber haftet (§ 47 Abs. 3 VgV).

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Ressourcengebende Firma

Datum

Datum

Für ggf. weitere Ressourcengeber kann eine Kopie dieses Vordruckes verwendet werden.



4.2.6 Erklärung zum Datenschutz und zur Verschwiegenheit

Hinweis: Diese Erklärung ist jeweils von Einzelbietern, allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft und allen Nachunternehmern auszufüllen.

Wir verpflichten uns, das Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (Bundesdatenschutzgesetz) in der derzeit geltenden Fassung sowie alle sonstigen im Rahmen der Leistungserbringung maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften zum Datenschutz und zur Geheimhaltung zu beachten.

Weiter verpflichten wir uns:

- erlangte Daten und Informationen aus der Tätigkeit für den Auftraggeber nicht an Dritte weiterzugeben oder zu verwerten,
- erlangte Daten und Informationen nur dem für die Erreichung des Zwecks unmittelbar erforderlichen Mitarbeiterkreis zugänglich zu machen,
- die erlangten Daten nur vereinbarungsgemäß, insbesondere zur Problembeseitigung, zu verwenden und zu bearbeiten und diese Daten während der Dauer der vereinbarten Bearbeitungszeit sorgfältig gegen eine nicht vereinbarte Nutzung zu schützen,
- die Daten nach dem vereinbarten Gebrauch auf den betroffenen EDV-Anlagen vollständig zu löschen und ferner keine Datenkopien – unabhängig in welcher Medienform – zurückzubehalten (Datenkopien auf elektronischen Medien sind zu löschen. Ist eine Löschung nicht möglich, ist das Speichermedium unwiederbringlich im Rahmen des technisch Möglichen zu vernichten. Auf sonstigen Medien enthaltene Daten sind zu vernichten.),
- neben den elektronischen Protokollen des Betriebssystems jeden Zugriff schriftlich zu protokollieren und sämtliche Protokolle mindestens zwei Jahre aufzubewahren. Die Protokolle sind auf Anforderung dem Erklärungsempfänger zur Verfügung zu stellen. Die Umsetzung dieser Regelung wird im Projekt noch abgestimmt.

Wir werden bei Zuschlag alle im Projekt eingesetzten Personen entsprechend § 5 BDSG schriftlich auf das Datengeheimnis verpflichten und die Nachweise dem Auftraggeber auf Anforderung vorlegen.



Markt Garmisch-Partenkirchen

Rathausplatz 1

82467 Garmisch-Partenkirchen

Bei Nichtvorlage dieser Verpflichtungen besitzt der Auftraggeber nach entsprechender Verzugsetzung ein außerordentliches Kündigungsrecht bzw. ein Rücktrittsrecht.

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Firma

Datum

Datum



4.2.7 Übersicht Unterauftragnehmer

Hinweis: Diese Erklärung ist nur einzureichen, wenn sie auf Ressourcen Dritter zurückgreifen. In diesem Fall ist die Erklärung auszufüllen.

- Ich werde nachfolgend aufgeführte Unternehmen als Unterauftragnehmer für die Leistungserbringung einsetzen.

Bitte vervollständigen Sie die Aufstellung über die Struktur der Unternehmen, die für die Leistungserbringung vorgesehen sind. Geben Sie zu allen in der Tabelle aufgeführten Unternehmen folgende Detailinformationen an:

Unternehmen	
Bereich(e), in dem/denen Leistungen erbracht werden	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Firma	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Rolle	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Anschrift	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Ansprechpartner	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Telefon / Fax / E-Mail	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.



Unternehmen	
Bereich(e), in dem/denen Leistungen erbracht werden	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Firma	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Rolle	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Anschrift	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Ansprechpartner	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
Telefon / Fax / E-Mail	Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Firma

Datum

Datum

Für ggf. weitere Unterauftragnehmer kann eine Kopie dieses Vordruckes verwendet werden.



4.2.8 Einwilligung Datenübermittlung

Hinweis: Diese Erklärung ist jeweils von Einzelbietern, allen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft und allen Unterauftragnehmern auszufüllen.

Einwilligung zur Datenübermittlung

Der Auftraggeber wird bei der Durchführung des Vergabeverfahrens sowie insbesondere bei der Bewertung der Angebote extern unterstützt. Alle eingereichten Unterlagen werden daher auch den beteiligten Mitarbeitern dieser Dienstleister zugänglich gemacht. Diese Mitarbeiter unterliegen hinsichtlich aller Informationen zu den Bietern und zu den Inhalten der Angebote der Bieter der Geheimhaltungspflicht.

Erklärung:

Hiermit erkläre/n ich/wir mich/uns sowohl mit der zuvor beschriebenen Vorgehensweise des Auftraggebers als auch mit der Übermittlung der hiervon betroffenen Daten an den externen Dienstleister des Auftraggebers vollumfänglich einverstanden.

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Firma

Datum

Datum



4.2.9 Hinweise zur Datenverarbeitung

(EU-Datenschutzgrundverordnung – DSGVO)

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher:

Öffentlicher Auftraggeber gemäß den Vergabeunterlagen, insbesondere den Bewerbungsbedingungen.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie ein Angebot abgeben, werden folgende Informationen erhoben:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- zur Vertragsanbahnung und -abwicklung
- um Sie als Geschäftspartner identifizieren zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;



Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Angebotseinreichung hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Angebots und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen im Vergabeverfahren bzw. aus dem Vertrag erforderlich.

Die im Zuge des Beschaffungsvorhabens erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflichten (aus dem Kommunal- und/oder Vergaberecht) gespeichert (vgl. bzw. wg. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DSGVO) und danach gelöscht, es sei denn, Sie haben in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DSGVO eingewilligt.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO für die Abwicklung von vorvertraglichen und Vertragsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an externe Berater im Vergabeverfahren, Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte (z. B. im Nachprüfungsverfahren). Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre vom Auftraggeber verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die ge-



plante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht beim Auftraggeber erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;

- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer beim Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer beim Auftraggeber gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und der Auftraggeber die Daten nicht mehr benötigt, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie dem Auftraggeber bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren.

5. Widerspruchsrecht



Markt Garmisch-Partenkirchen

Rathausplatz 1

82467 Garmisch-Partenkirchen

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an den Auftraggeber.

Der Bewerber/Bieter/Auftragnehmer bestätigt, auf die vorstehenden Hinweise zur Datenverarbeitung hingewiesen worden zu sein und von ihrem Inhalt Kenntnis genommen zu haben, sowie mit der Geltung einverstanden zu sein.

ORT, den Datum

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Firma



4.2.10 Erklärung zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit

1. Von ausbeuterischer Kinderarbeit sind insbesondere folgende Produkte betroffen:

- Sportbekleidung, Sportartikel, insbesondere Bälle;
- Spielwaren;
- Teppiche;
- Textilien;
- Lederprodukte;
- Billigprodukte aus Holz;
- Natursteine;
- Agrarprodukte wie z. B. Kaffee, Kakao, Orangen- oder Tomatensaft.

Enthält die Leistung oder Lieferung derartige Produkte, die in Afrika, Asien oder Lateinamerika hergestellt bzw. bearbeitet werden oder wurden? Ja Nein

2. Falls ja, ist eine der beiden folgenden Erklärungen erforderlich. Bitte die entsprechende Erklärung **ankreuzen!**

- a) Ich/Wir sichere/n zu, dass die Herstellung bzw. Bearbeitung der zu liefernden Produkte ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn des IAO-Übereinkommens Nr. 182 erfolgt bzw. erfolgt ist sowie ohne Verstöße gegen Verpflichtungen, die sich aus der Umsetzung dieses Übereinkommens oder aus anderen nationalen oder internationalen Vorschriften zur Bekämpfung von ausbeuterischer Kinderarbeit ergeben. Ja

Kann die Erklärung unter Buchst. a nicht abgegeben werden, ist folgende Erklärung notwendig:

- b) Ich/Wir sichere/n zu, dass mein/unser Unternehmen, meine/unsere Lieferanten und deren Nachunternehmer aktive und zielführende Maßnahmen ergriffen haben, um ausbeuterische Kinderarbeit im Sinn des IAO-Übereinkommens Nr. 182 bei Herstellung bzw. Bearbeitung der zu liefernden Produkte auszuschließen. Ja



Markt Garmisch-Partenkirchen

Rathausplatz 1

82467 Garmisch-Partenkirchen

3. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich oder vorwerfbar falsche Abgabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat bzw. – nach Vertragsschluss – den Auftraggeber gegebenenfalls zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist berechtigt.

DATUM

ORT

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Kennzeichnung des Bieters (mind. Textform nach § 126b BGB) für verbindliches Angebot
[Erklärende Person in DRUCKBUCHSTABEN]



Eigenerklärung

zur Umsetzung von Artikel 5k* Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

des Bieters/der Bietergemeinschaft:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben. <hr/>
Name / Firma

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen
 - russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.
2. Ich/wir erkläre(n), dass am Auftrag keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf die Unternehmen entfallen).

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über eVergabe-System zusammen mit dem Teilnahmeantrag, der Interessenbestätigung oder dem Angebot gilt diese als vom Bewerber bzw. Bieter unterschrieben.

Bei der Abgabe des Teilnahmeantrages, der Interessenbestätigung oder dem Angebot durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft gilt diese Erklärung durch die nachstehende Angabe der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft von jedem Mitglied als unterschrieben:



Name der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft und Unterauftragnehmer:

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Name des Unternehmens

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Name des Unternehmens

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Name des Unternehmens

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Name des Unternehmens

* Artikel 5k der VO (EU) 2022/576 lautet wie folgt:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung



medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,

- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

Klicken oder tippen Sie hier,
um Text einzugeben.

Datum

Kennzeichnung in Textform
gem. § 126b BGB

Datum